



Sylvia Kotting-Uhl
Mitglied des Deutschen Bundestages
Bündnis 90/Die Grünen

An die Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz,
Bau und Reaktorsicherheit Dr. Barbara Hendricks
und den Bundesminister des Auswärtigen
Dr. Frank-Walter Steinmeier

Per Post austausch

Vorab per Fax: 030/18305-2046; 030/1817-3402

Berlin, den 20. April 2015

17. Gipfeltreffen EU-Ukraine in Kiew am 27.04.2015

Sehr geehrte Frau Ministerin Hendricks, sehr geehrter Herr Minister Steinmeier,

mit großer Sorge schaue ich auf die Entwicklungen in der Ukraine. Mir wurde jüngst bekannt, dass die Ukraine im letzten Quartal 2014 ein Gesetz beschlossen hat, das die Handlungsmöglichkeiten diverser Behörden aus haushälterischen Gründen insofern einschränkt, dass sie bestimmte Handlungen nur noch auf Grundlage eines Kabinettsbeschlusses durchführen dürfen. In diesem Zusammenhang stellt sich mir die Frage, inwiefern die fiskalischen und sonstigen Voraussetzungen für einen uneingeschränkten Vollzug der Atomaufsicht derzeit noch gegeben sind? Sollte es der Atomaufsicht aufgrund des Gesetzbeschlusses beispielsweise nicht mehr möglich sein, unangekündigte Kontrollen an den AKW-Standorten durchzuführen, wäre dies eine sehr besorgniserregende Entwicklung, die zwingend thematisiert werden muss.

Auf der sechsten Vertragsstaatenkonferenz (MOP) der ESPOO-Konvention vom 02. bis 05. Juni 2014 wurde beschlossen, dass für die Verlängerung der Betriebsdauer des ukrainischen Atomreaktoren Rivne 1 und 2 eine grenzüberschreitende



Sylvia Kotting-Uhl

Mitglied des Deutschen Bundestages
Bündnis 90/Die Grünen

Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) durchzuführen gewesen wäre. Im Jahre 2015 stehen mindestens zwei weitere Verlängerungen von Laufzeiten ukrainischer AKW an. Bisher scheint die Ukraine aus dem o.g. MOP-Beschluss jedoch nicht die sich daraus auch ergebende nötige Konsequenz zu ziehen, für die für 2015 geplanten Laufzeitverlängerungen grenzüberschreitende UVPen einzuleiten. Grenzüberschreitende Umweltverträglichkeitsprüfungen sind ein unverzichtbares Instrument, um Auswirkungen eines bestimmten Projekts in seiner gesamten räumlichen Ausdehnung zu berücksichtigen und die Beteiligung aller Betroffenen sicherzustellen.

Ich bitte Sie eindringlich, sich mit all Ihrer Autorität dafür einzusetzen, dass diese Atomsicherheitsaspekte auf die Tagesordnung des EU-Gipfeltreffens in der Ukraine am 27. April 2015 aufgesetzt und diskutiert werden sowie aktiv eigene Gespräche zur Sicherheitslage aufzunehmen. Die Sicherheitsrelevanz, die die beiden Aspekte haben, rechtfertigt meines Erachtens auch eine vergleichsweise kurzfristige Aufsetzung auf die Tagesordnung, sofern sie nicht bereits aufgesetzt sein sollten.

Mit freundlichen Grüßen

Sylvia Kotting-Uhl MdB